



Kerstin Büchler – im Bild mit Dirk E. Brockhaus (li.) und Robert Lützenkirchen, sprach sich vehement gegen den Windpark im Bereich Hohe Molmert aus. ■ Foto: E. Schmidt

„Die Bürger bekommen es gleich von zwei Seiten“

Infoversammlung des Vereins „Gegenwind Plettenberg“ zum Thema Windkraft

Von Erna Schmidt

PLETTENBERG ■ Mit einer „Premiere“ wartete der Verein „Gegenwind Plettenberg“ bei einer Informationsversammlung im Burghaus der dortigen Siedlungsgemeinschaft auf: Der Vorstand des Vereins startete eine Unterschriftenaktion gegen die geplanten Windenergieanlagen auf der Hohen Molmert und Wüstung Höh, dem zusammenhängenden Waldgebiet in der Mitte der Stadt.



In den Protest mit einbezogen werden neue Diskussionen, wonach der sogenannte „Lenneraum West“ vis à vis als Standort für weitere drei bis vier Windräder in Betracht komme. Rund 65 Unterschriften konnten so gleich vor Ort eingesammelt werden. Im Publikum saßen auch die SPD-Ratsherren Uwe Boese und Burkhard Pestka.

Seit der Gründung vor einem Jahr sei der Verein, dem mit Jahresbeginn auch die Gemeinnützigkeit zuerkannt werde, von acht auf 80 Mitglieder angewachsen, gab der 1. Vorsitzende, Robert Lützenkirchen, bekannt. Ziel sei „die Verhinderung neuer Windräder in Plettenberger Waldgebieten“. Er beleuchtete die rechtlichen und politischen Möglichkeiten dazu. Stadt und Verwaltung wollten sich mittels Änderung des Flächennutzungsplans an den klimapolitischen NRW-Zielen von zwei Prozent der kommunalen Flächen beteiligen. Das sei hier aber bereits erreicht und werde ohne jeden Zwang durch das Geplante glatt verdoppelt.

„Es gibt für die Kommunen keine sogenannte Beachtungspflicht“, erläuterte Lützenkirchen. Es gehe der Stadt

also darum, neue Einnahmequellen zu erschließen. So habe Bürgermeister Ulrich Schulte geäußert: „Wir wollen das haben wegen der Pächterträge auf 20 Jahre“. Das sei zunächst verständlich und legitim, so der Gegenwind-Vorstand. Aktuell stehe indes eine planlose Zeit an, da ein neuer Planungsentwurf und somit ein Neustart nötig sei. Zunehmend regere sich Widerstand. 50 Personen hätten bereits Einwände vorgetragen.

Der bei der Bezirksregierung in Arnsberg angesiedelte Regionalrat fordere für Industrieanlagen einen Mindestabstand zur Wohnbebauung von 1 000 Metern; zum Ortsteil Burg seien es nur 600 Meter, „ab gleich hinterm Gartenzaun gerechnet. Und 220 Meter hohe Windräder sind nunmal Industrieanlagen. Wo für jeden einzelnen Standort 10 000 Quadratmeter Wald gerodet werden müssen, plus der Zuwegungen.“ Das bekräftigte die Anwohnerin Kerstin Büchler, die sich an dem im Bau befindlichen Objekt in Lüdenscheid-Spielwigge umgesehen hat: „Der einstige Forstwirtschaftsweg ist so breit wie eine Autobahn und die

Anlagenfläche so groß wie ein Fußballfeld. „Es gibt auch bereits Einwendungen der Behörden, etwa beim Kreis. Denn Hohe Molmert und Wüstung Höh sind Sauerländisches Landschaftsschutzgebiet. Und das ist ein hohes Ausschlusskriterium für jedwede Bebauung. Nach Inaugenscheinnahme der Bereiche haben die 16 Mitglieder des Landschaftsbeirates einstimmig gegen das Vorhaben votiert. Darunter die Vertreter von BUND und NABU, die sicher keine erklärten Gegner der Windenergie sind“, führte Lützenkirchen aus.

Zu möglichen Gesundheitsgefahren durch den von Windrädern erzeugten Infraschall trug Hans-G. Cremer, Gynäkologe mit Praxis in Eiringhausen, vor. Der Facharzt ist als Kommunalpolitiker in Olpe mit dem Thema befasst. Die vom menschlichen Gehör nicht wahrnehmbaren Frequenzen könnten Hirnströme, Blutdruck und Konzentration beeinträchtigen, was durch Studien belegt sei. Nicht ohne Grund nähme die Bahn diesbezügliche Messungen an vielbefahrenen Bahnstrecken vor. „Das Anliegen der Stadt ist verständlich. Der

Bürger hat aber ein Recht darauf, dass seine gesundheitlichen Belange berücksichtigt werden“, so der Mediziner. Dass die Stadt ihre Flächen teuer verpachten möchte, versteht auch der 2. Vorsitzende von Gegenwind, Dirk E. Brockhaus. Er argumentierte mit dem Artenschutz und warnte zudem vor der Idee, die Stadtwerke als Investor ins Spiel zu bringen. Allein die nötige Investition entspreche dem Jahresumsatz der Stadtwerke, die erwarteten Erträge seien ungewiss und das Risiko nicht tragbar. „Wir haben bereits ein Krankenhaus, wir brauchen nicht noch weitere.“

Das Risiko für Immobilienbesitzer zeigte Kerstin Büchler auf. Sie als direkt Betroffene habe für ihr Haus eine gutachterlich bestätigte Wertminderung von 50 Prozent zu erwarten. Ganze Stadtteile sieht Brockhaus hinsichtlich der Schall-Immissionen in einer Sandwich-Situation. „Da bekommen die Bürger es gleich von zwei Seiten. Wir werden mit allen Mitteln der Aufklärung dagegen angehen. Informieren Sie sich, unterstützen Sie uns“, warb er um Solidarität. „Sie können alle NEIN sagen!“